

## **Veranstaltungsreihe zu „600 Jahre Roma in Frankfurt“**

**Konzert des Philharmonischen Vereins der Roma und Sinti**  
am 30.9.2018 um 11.00 Uhr auf dem Römerberg in Frankfurt am Main.

### **Veranstaltungen des Förderverein Roma e. V.**

Am 25.9.2018, 18.30 Uhr, Haus am Dom, Domplatz 3, 60311 Ffm.  
**Zur Situation von Roma-MigrantInnen in Frankfurt am Main**

Am 26.9.2018, 18.30 Uhr, Haus am Dom, Domplatz 3, 60311 Ffm.  
**Gespräch mit Frau Rose und Frau Strauss**  
**Roma aus Frankfurt, deren Eltern die nationalsozialistischen**  
**Konzentrations- und Vernichtungslager überlebt haben**

Die Lage der Roma und Sinti verschlechtert sich in rasantem Tempo. Forderungen nach ethnischer Kontrolle durch Zählungen wie in Sachsen, Ungarn und Italien, tödliche Anschläge in Schweden und der Ukraine, Vertreibungen und Pogrome in Ost- und Westeuropa beängstigen die Betroffenen erheblich. Aktuelle Vorgänge in Chemnitz und unterlassene Ermittlungen bei den NSU-Morden beschreiben nicht allein die Radikalisierung des rechten Randes, sondern vielmehr die besorgniserregendere Etablierung von menschenverachtenden Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft und deren politischen Vertretung.

Dem Erfolgen der 30jährigen Arbeit des Förderverein Roma e. V. mit der Kita Schaworalle, der Jugendhilfe, den Bildungsprojekten, der Sozialberatung und dem Engagement für Bürger- und Menschenrechte stehen Hass und Ablehnung von Roma und Sinti gegenüber.

Die Geschichte der Roma und Sinti in Frankfurt am Main und die aktuelle Situation von Rom-MigrantInnen und Flüchtlingen sind nicht nur geprägt von Akzeptanz und Respekt. Ausgrenzung und Diskriminierung waren bestimmende Elemente über Jahrhunderte – wie in allen anderen Städten und Ländern Europas.

Frankfurt und Hessen haben in der jüngeren Geschichte durch das „Gesetz gegen das Zigeunerunwesen“, das später als Grundlage für die NS-Gesetze diente und von dem Innenminister und Widerstandskämpfer Wilhelm Leuschner 1929 initiiert wurde, eine negative Vorreiterrolle eingenommen. Es ist daran zu erinnern, welche tragenden Funktionen NS Bürgermeister Krebs und der Polizeipräsident Beckerle bei der Verfolgung von Roma und Sinti hatten. Es soll nicht verschwiegen werden, dass KZ-Arzt Mengele, der „Zigeunerforscher“ Gerhard Stein und einer der Haupttheoretiker der NS-Rassenideologie, Verschuer, an der Frankfurter Goethe Uni tätig waren. Benannt werden müssen die Machenschaften des Erbgesundheitsgerichtes während der NS-Zeit, die Schulen, aus welchen Roma und Sinti entfernt wurden, die Orte, von denen aus deportiert wurde, die Zeitungen, die die Hetze betrieben und die Lager in der Krieg-, Solms- und Fritzlaer Straße, die bereits vor der Machtübernahme der Nazis zur Internierung von Roma und Sinti genutzt wurden.

Am 27.1.2000 ist in der Braubachstraße aus privaten Mitteln und nur durch massive Öffentlichkeitsarbeit der Roma-Union, des Fördervereins Roma und vielen UnterstützerInnen eine Tafel am Stadtgesundheitsamt angebracht worden. Über zehn Jahre lang haben die Gremien der Stadt, fast alle Parteien und das Institut für Stadtgeschichte die Tafel verhindert. Sie erinnert an die ermordeten Roma und Sinti und dokumentiert, dass die beiden für die Erfassung und Deportation maßgeblich verantwortlichen NS-Rasseforscher Ritter und Justin nach 1945 nicht etwa strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden sind, sondern, wie im Fall von Justin, noch bis in die 60er Jahre im gehobenen medizinischen Dienste der Stadt Frankfurt standen; trotz Wissen über ihre Funktion während der NS-Zeit. Drei weitere Tafeln am Stadtrand und auf dem Hauptfriedhof, die auf die Nazi-Verbrechen hinweisen, geraten zunehmend in Vergessenheit.

Roma Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien werden abgeschoben, die Armut von vielen Roma-Migranten ignoriert. Sie werden verjagt, mit Geldstrafen belegt und ihre, im Elend entstandene existentielle Selbstorganisation zerstört. Seitens der Frankfurter Ordnungspolizei wurden unrechtmäßige, stigmatisierende Eintragungen in Pässen vorgenommen, die Unterbringung eines behinderten jungen Mannes konnte nur durch Rechtsmittel gegenüber dem Sozialamt erstritten werden. Ein beeinträchtigter Junge wird ihm Rahmen eines Gerichtsverfahrens von der Presse als „Idiot“ titulierte. Diskriminierung, Tötlichkeiten auf der Straße, Übergriffe durch die Polizei, Ausgrenzungen in Schule und Arbeit nehmen zu. Sie sind nicht nur im Ballungsraum Frankfurt mehr denn je Folge der seit früher Kindheit eingeübten Ablehnung von Roma und Sinti und der aggressiven Diskrepanz zwischen Armut und Reichtum in einer für Wohlhabende prosperierenden Metropole. Roma sind wieder Projektionsfläche und Sündenböcke für ökonomische und politische Verfehlungen. Die Situation ist alarmierend, weil die Gewalt in Öffentlichkeit und Administration gegenüber der Minderheit eine Einstellung kennzeichnet, die vom Ressentiment bis zum brutalen Rassismus reicht. Alle wissenschaftlichen Untersuchungen zur Lage der Roma und Sinti der letzten Jahre beschreiben das, was im kleineren Kosmos der Stadt Frankfurt sich ebenso umfänglich widerspiegelt, nämlich eine aggressive Marginalisierung mit mehr oder weniger offenen antiziganistischen Tönen.

Diese Lage ist nicht nur besorgniserregend, weil es zwei Brandanschläge auf Roma gab, die immer noch nicht aufgeklärt sind. Die Sprengkraft liegt auch darin, dass wider besseres Wissen, entgegen möglicher Alternativen, die durchaus im Rahmen der üblichen „Kosten-Nutzen-Analyse“ sinnvoll umgesetzt werden könnten, nichts gegen die enorme Verelendung vieler Roma und für ihren Schutz getan wird. Die Einschätzung von Ordnungs- und Sozialbehörden, mit Zuspitzung der Armut und deren Etablierung im städtischen Alltag, die Lage für die Betroffenen immer unerträglicher zu gestalten, sodass sie letztendlich, begleitet von brutaler werdenden Anfeindungen, verschwinden, straft sich regelhaft Lügen.

An anderen Orten ist es für die Menschen noch unwirtlicher. Ihr Recht auf Freizügigkeit und Reisefreiheit als EU-Bürger und ihre Hoffnung auf eine bessere Perspektive wird von Roma selbst bei offensichtlicher Missachtung ihrer Menschen- und Bürgerrechte in den westlichen Metropolen auch zukünftig wahrgenommen. Nicht alleine die unterlassene Hilfe ist skandalös. Die Praxis, grundgesetzlich verbrieft Rechte auf Würde und Unversehrtheit gerade Roma und Sinti zu verweigern und die Geschichtslosigkeit dieses Handelns führen letztlich zur generellen Aufgabe humaner Grundprinzipien.

Die Unterstützung hilfsbedürftiger Menschen und die Einrichtung eines Hauses für Roma wären notwendige Zeichen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung.

Ffm., den 17.9.2018